

## **Rede von Günther Stamer (DKP Kiel) auf der**

### **Mobilisierungsaktion zu Protesten 17.-19.5. in Frankfurt, Kiel am 12.5.12**

Seit den Kriegen, die Deutschland im ehemaligen Jugoslawien und in Afghanistan führt, hat der Begriff des Kollateralschadens Eingang in den deutschen Sprachgebrauch gefunden.

Bei einer militärischen Aktion entsteht schwerer Schaden, der nicht unbedingt beabsichtigt war, aber zum Erreichen des ins Visier genommenen Ziels billigend in Kauf genommen wird. Bei dem Versuch, der europaweiten Umsetzung des Fiskalpaktes im Interesse der weltweit agierenden Global Player, der europäischen Konzerne und Großbanken, sind die Kollateralschäden jetzt schon offensichtlich: Es sind dies der Abbau grundlegender demokratischer Rechte und die billigend Inkaufnahme des Anwachsens offen fremdenfeindlicher, rassistischer, teilweise offen faschistischer Kräften in allen EU-Ländern.

Auch hier bildet Griechenland das Versuchslabor. Blicken wir zurück in den Herbst des vergangenen Jahres: In Griechenland sollte ein demokratischer Prozess in Gang gesetzt werden, der nach bürgerlichen Demokratievorstellungen eigentlich das Normalste auf der Welt sein sollte. Papandreu wollte die Bevölkerung in einer Volksabstimmung befragen, wie es zu den Vorschlägen der EU zur "Griechenland-Rettung" – besser zum Diktat der EU- steht. Daraufhin brach ein Sturm der Entrüstung los: Banken, Ratingagenturen, die deutsche Regierung schrien Zeter und Mordio. Einige Kommentatorenmeintenn gar, ob es nicht sinnvoll wäre, dass das Militär in Griechenland kurzzeitig die Machz übernehmen solle. Die hätten in Griechenland ja schliesslich damit Erfahrung.

Ganz so weit wollte man dann doch – noch nicht – gehen; aber es wurde kurzerhand anstatt des gewählten Präsidenten ein "Fachmann" an die Spitze des Staates gestellt – der die griechische Gesellschaft monatelang nach den Vorstellungen des Kapitals ummodellieren konnte.

Doch Griechenland kein Einzelfall: Auch Staaten wie Irland, Portugal, Spanien, Italien werden de facto bereitd jetzt von den Kassenprüfern der Ratingagenturen und Banken regiert – egal wen die Menschen dort an die Regierung wählen. Ein Kommentator in der FAZ (30.1.12) bemerkte dazu: "Die demokratische Lücke war immer schon die größte Gefahr der EU. Statt sie zu schließen übernehmen EU-Kommission und Zentralbank jetzt eine Rolle, wie sie in China das Zentralkomitee der kommunistischen Partei ausfüllt. Wenn sich nichts ändert, erleben wir die Implosion der Demokratie."

Worum es geht hat Angela Merkel in einem Interview (Deutschlandradio am 1.9.11) unverblümt dargestellt: Zur Quasi-Abschaffung des urbürgerlichen Budgetrechts des Parlaments stellte sie fest: "Wir werden Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie

trotzdem auch marktkonform ist." Also: Der Markt muss nicht demokratiekonform funktionieren, sondern die Demokratie muss marktkonform sein. Wenn Demokratieinteressen und Kapitalverwertung kollidieren, dann muss die Demokratie eben kapitalentsprechend zurechtgebogen werden.

Im Windschatten von Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Verarmung immer größerer Teile der Bevölkerung gedeihen rechte, rassistische Kräfte und versuchen bei den sozial Verunsicherten und Deklassierten Boden und Einfluss zu gewinnen.

Das erschreckende Ergebnis für die Faschisten in Griechenland, die offen zur Jagd auf Migranten aufrufen und über eigene Bürgerwehren verfügen und mit dieser Politik 7 Prozent der Stimmen erzielen, zeigt die Gefahr von rechts Oder nehmen wir das Wahlergebnis der rechten Front National in Frankreich mit knapp 20 Prozent. Kern dieser Politik ist immer ein extremer Nationalismus gepaart mit offener Fremdenfeindlichkeit. Dabei säen sie ihren ideologischen Unrat auf vorbereiteten Boden: Die von den etablierten Parteien der herrschenden Klasse ständig geschürten Ängste vor Flüchtlingen, die "uns Eurobürgern" an "unser Reichtum" wollen, die unmenschliche Abschottungspolitik der EU-Staaten durch Frontex an den südlichen und östlichen Grenzen führt zu einem immer brutaleren Umgang mit Menschen, die wegen politischer oder sozialer Not aus ihren Heimatländern in EU-Staaten Zuflucht suchen.

Es wird Zeit, dass sich die Verhältnisse ändern.

Die DKP verurteilt den Fiskalpakt, weil dadurch diese unmenschliche Politik radikalisiert und institutionalisiert wird. Die europaweit exekutierten "Sparprogramme" führen erwiesenerweise nicht aus der Krise heraus sondern führen für die arbeitenden Menschen zu mehr Arbeitslosigkeit und Armut. Der Fiskalpakt ist eine Kriegserklärung an die sozialen und demokratischen Rechte der Bürger Europas. Dadurch soll gesichert werden, dass auf Dauer ein ständig wachsender Anteil des gesellschaftlich geschaffenen Reichtums in die Taschen der Konzerne, Banken und Reichen fließt.

Es wird Zeit, dass sich die Verhältnisse ändern.

Die Wahlen in Frankreich und Griechenland geben einen kleinen Hoffnungsschimmer. Aber wir wissen: Durch Veränderungen in den Parlamenten allein wird sich nicht ändern. Es gilt, noch mehr und noch beständiger den Protest in die Betriebe und auf die Strassen und Plätze zu tragen.

Lasst uns europaweit breiten Protest gegen den Fiskalpakt entwickeln mit den vielfältigen sozialen Protestbewegungen, den linken Parteien und den Gewerkschaften.

Die Protestaktionen in Frankfurt vom 16.-19. Mai können ein wichtiges Signal auch für die Entwicklung des Widerstandes bei uns sein.